

Erscheint alle 14 Tage
Stertelj. Bezugspreis
1,50 Mk.
Zu beziehen im Verlag
„Die Eiche“, Berlin
NO 55, Greifswalder
Straße 222.

Die Eiche

Anzeigen für die sechs-
gespaltene Beitzelle
20 Pfg.
Arbeitsmarkt 15 Pfg.
Ortsvereinsanzeigen
10 Pfg.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

Nr. 35/36

Berlin, den 2. September 1932

43. Jahrg.

Bernsprechamt
Alexander 4719

Alle Zuschriften für „Die Eiche“ an P. Volkmann, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerksvereins bestimmte Postschreiben sind zu adressieren: Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin NO 55, Greifswalderstr. 222. Schmitt. Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin NO 55, Greifswalderstr. 222, Postfach 30821 beim Postfachamt Berlin NW 7

Fernsprechamt
Alexander 4719

Dunkle Zukunftsbilder.

Der frühere ermordete Reichsaußenminister Dr. W. Rathenau schrieb nach dem Kriege: „Wir müssen abermals hinein in das Dunkel einer gleichverschillten Zukunft.“ Wenn nicht alle Anzeichen trügen, stehen wir erneut vor einem Abgrund, den menschliche Machtgier und Unvernunft bereits geöffnet haben. Die dringende Frage, an der die Arbeitnehmer besonders interessiert sind, taucht nun auf:

Wird die Vernunft und das Verantwortungsgefühl die Oberhand gewinnen, oder wird es einer Kaste von machthungrigen politischen Charlatanen gelingen, die Freiheit des deutschen Volkes zu vernichten?

Mit ernster Sorge wird jeder ernsthafte Führer diese Frage prüfen und nach Auswegen suchen, um das deutsche Volk vor weitesten Erschütterungen zu bewahren.

Blicken wir zurück auf den Anfang und Ausgang des unglückseligen Krieges, dann muß anerkannt werden, daß das deutsche Volk die ganzen Leidensjahre mit einer geradezu bewundernswerten Geduld ertragen hat. Dies geschah ständig in dem Bewußtsein, daß aus diesem Dunkel auch wieder die goldene Sonne der Freiheit aufgehen wird, daß die Gleichberechtigung aller Bevölkerungsschichten im Vordergrund stehen, Gerechtigkeit kein leerer Wahn sein wird. Diese Hoffnung wurde durch die Weimarer Verfassung besonders gestärkt. Die derzeitigen Regierungen waren ständig bestrebt, die Härten des Schandfriedens zu beseitigen, der Gedanke der Völkerverbrüderung machte gute Fortschritte, der eingeschlagene Weg war bornentvoll, aber nicht aussichtslos.

Seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages traten jedoch Männer auf den Plan, die ständig am Werke waren, durch Entstellung wahrer Tatsachen das deutsche Volk zu beunruhigen. Heute, die bei dem Ausbruch der Revolution es vorzogen, das Ausland aufzusuchen, tauchten wieder auf, um auf den Moment zu warten, wo Aussicht bestand, die Macht wieder an sich zu reißen und eine erneute Anrebelung der Arbeitnehmer in die Wege zu leiten.

Es würde zu weit führen, auf alle diese Vorgänge näher einzugehen, es genügt vielmehr, daran zu erinnern, um die jetzige Lage objektiver beurteilen zu können.

Ursache und Wirkungen.

Wir haben wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß wir an der Regierung Bränning manches auszufragen hatten. Wir haben jedoch keine Arbeitskraft, keinen guten Willen und keine staatsmännlichen Fähigkeiten stets anerkannt. Wir erblickten in ihm auch den Wächter der Weimarer Verfassung. Die reaktionären Kräfte haben jedoch nicht eher geruht, bis die Regierung Bränning gestürzt und Hoffnung bestand, reaktionäre Kräfte an deren Stelle zu setzen. Die Abschiedsstunde Brännings vom Reichspräsidenten wird in der deutschen Geschichte später als ein besonders schwarzer Tag bezeichnet werden.

Die Ernennung Papens als Reichskanzler an Stelle von Bränning geschah unter ganz besonderen Umständen. Die Reaktion hatte alles sorgfältig vorbereitet, Hitler hatte die Tolerierung der neuen Regierung zugesagt und so konnte die reaktionäre Welle in Gang gesetzt werden.

Die erste Tat Papens war die Aufhebung des Uniformverbots für politische Parteien. Trotz aller Warnungen glaubte die neue Regierung das an Hitler dieserhalb gegebene Versprechen halten zu müssen, obgleich die bereits vorhandene Liste politischer Morde überaus groß war. Die Folgen der Aufhebung des Uniformverbots konnten nicht ausbleiben. Es setzte nun eine bis dahin in solchem Ausmaße noch nie dagewesene Morbhege ein, Gewerkschaftshäuser wurden gestürmt und demoliert, deren Führer wurden mit dem Tode bedroht, täglich liefen Mordgerichte ein. Besonders stark machten sich diese Vorgänge in Ostpreußen und Schlesien bemerkbar.

In geradezu unverantwortlicher Weise wurden die Massen von den Führern rechtsradikaler Parteien zu

Tätlichkeiten aufgehetzt, ihnen die Besthergreifung der Regierung in nahe Aussicht gestellt u. dgl. m. Der Ausgang der Wahlen belehrte diese Heißsporne jedoch eines andern, sie wurden gewahrt, daß das Volk es ablehnte, sich von einem Diktator, nach dem Muster von Mussolino, regieren zu lassen. Darauf große Enttäuschung im Lager der verhetzten Massen, die Führer mußten aber bald erkennen, daß es leichter ist, die Massen aufzuheizen, als zu beruhigen. So konnte es auch nicht weiter ausbleiben, daß die politischen Morde und Unruhen einen Umfang annahmen, dem die Regierung nicht länger tatenlos zusehen konnten.

Anstatt nun wieder das Tragen von politischen Uniformen zu verbieten, ging die Regierung dazu über, eine Notverordnung zu erlassen, wonach politischen Ausschreitungen durch Sondergerichte mit Zuchthaus und bei besonders schweren Vergehen mit dem Tode zu bestrafen sind. Hierbei muß besonders festgehalten werden, daß es besonders die Blätter der Nationalsozialisten waren, die eine solche Notverordnung der Regierung forderten. So schrieb der „Völkische Beobachter“ am 11. August 1932:

„Endlich ein Anfang“. „Endlich hat sich eine Reichsregierung entschlossen, dem Treiben dieses Untermenschenstums die Faust zu zeigen. Wir müssen nunmehr aber auch erwarten, daß die neuen Bestimmungen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern mit voller Schärfe angewandt werden. Wenn diese Lumpen endlich an die Wand gestellt werden, wird auch rasch wieder die Sicherheit der Straße hergestellt sein. Selbstverständlich können auch diese endlichen Maßnahmen der Reichsregierung nur als ein Anfang gewertet werden.“

Die Führer dieser Nationalsozialisten erhoben diese Forderungen offenbar in dem Machbewußtsein, daß diese Notverordnung nur bei den Kommunisten, Reichsbannerleuten und sonst linksingestellten Personen zur Anwendung gelangen darf. Zieht man noch in Betracht, daß Hitler nach der Reichstagswahl bei der Besprechung mit dem Reichspräsidenten, die ganze Regierungsgewalt für sich beanspruchte, so muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß diese Leute nicht mehr Recht und Gerechtigkeit anerkennen wollten, indem die Schwere der Notverordnung sich lediglich gegen linksingestellte Staatsbürger richten dürfte.

Doch das Schicksal spielt oft im Leben eine wunderbare Rolle, so hatten auch die Hitlerleute die Rechnung ohne den Wirt gemacht, sie haben nicht vorausgesehen, daß die schwerste Strafe, die Todesstrafe, die nach der Notverordnung für politische Morde vorgesehen ist, zuerst ihre eigenen Leute treffen wird.

Der politische Terror nahm Formen an, die von einer Regierung, ganz gleich wie sie zusammengesetzt war, nicht mehr übersehen werden konnten. Täglich liefen Meldungen über politische Zerstörungen und Morde ein. Ein Ausschrei der Empörung ging aber durch alle nur einigermaßen menschlich denkende Menschen, als die Einzelheiten des bestialischen Mordes, der an dem Kommunisten Pietozuch in Potemka (Obereschlesien), von Hitlerleuten verübt worden war. Es gehört schon eine besondere Rohheit dazu, nachts in die Kammer einzudringen, den Mann aus dem Bett zu holen und ihn in Gegenwart der Mutter in geradezu bestialischer Weise umzubringen, so daß selbst der als Zeuge vernommene Gerichtsarzt erklären mußte, daß ihm in seiner langjährigen Praxis ein derartiger Rohheitsakt noch nicht vorgekommen sei. Alle Verdrehungskünste des für solche Sachen besonders herbeigeholten Verteidigers konnten die Mordtaten nicht retten, das Gericht mußte nach der Beweisaufnahme auf Grund der Notverordnung die Todesstrafe fällen.

Wir sind grundsätzliche Gegner jeder Todesstrafe, doch muß jedes Mitgefühl angesichts der Rohheit, die diese Burschen an den Tag gelegt haben, zurückgebrängt werden. Jeder, der für seine Mitmenschen noch Achtung und Ehrgefühl besitzt, wird diese Tat verdammen und von den Mördern weit abtücken. Es bleibt auch hier der Geschichte vorbehalten, den schwarzen Punkt fest-

zuhalten, daß der Führer der 3. Zt. stärksten politischen Partei, Adolf Hitler, sich mit diesen Mördern solidarisch erklärt. In einem Telegramm, welches Hitler an die Mörder richtete, heißt es:

„Meine Kameraden! Angesichts dieses ungeheuerlichen Bluturteils fühle ich mich mit Euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre, der Kampf gegen eine Regierung, unter der dieses möglich war, unsere Pflicht.“
gez. Adolf Hitler.“

Wir müssen es nun schon dem Geschmack des einzelnen Menschen überlassen, mit wem man Kameradschaft halten will, man darf sich nach diesem Telegramm über die in den letzten Monaten so zahlreich verübten politischen Morde nicht mehr wundern. Unverständlich erscheint uns nach allen Vorgängen die Erregung und das wüste Geschimpfe in dem nationalsozialistischen Blätterwald, so daß die Regierung bereits zu einzelnen Verböten schreiten mußte. Das Gedächtnis der Hitlerleute scheint sehr schwach zu sein, denn am 11. August schrieb der „Völkische Beobachter“ zur Notverordnung: „Endlich ein Anfang“. Wir müssen aber auch erwarten, daß die neuen Bestimmungen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern mit voller Schärfe angewandt werden. Wenn diese Lumpen endlich an die Wand gestellt werden usw., am 22. August heißt es in dem Telegramm von Hitler: „Meine Kameraden“. O, Ironie des Schicksals, daß ausgerechnet Hitlerleute zuerst an die Wand gestellt werden sollten.

Die Regierung ist durch diese Vorgänge in die größte Zwickmühle geraten, nicht ohne Schuld der Reichsregierung ist diese Lage heraufbeschworen worden, die zum Erlaß der Todesnotverordnung geführt hat. Es galt jene blutige Attentatsserie zu bekämpfen, die unmittelbar nach den Wahlen vom 31. Juli einsetzte und bei der immer und überall Nationalsozialisten als Täter festgestellt wurden. Wenn eine Regierung jetzt plötzlich nicht mehr wagt, jenes letzte Strafmittel, das sie eben noch für notwendig hielt, auch wirklich anzuwenden, so müssen sich daraus unabsehbare Folgen für die Staatsautorität ergeben. Wenn die Regierung, was ihr an sich niemand übelzunehmen brauchte, vor der Todesstrafe zurückschreckt, so hätte sie sich das beizeiten überlegen und auf den Erlaß einer derartigen Notverordnung von vornherein verzichten sollen. Wie die Dinge aber im Augenblick liegen, ist sie offensichtlich in einen Konflikt geraten, den sie eben selber auszubaden hat und bei dem es für sie nur zu verlieren gibt.

In welcher unerhörten und ungeschicklichen Weise die Nationalsozialisten die Entscheidung der amtlichen Stellen zu beeinflussen versuchten, beweist die Art, wie sie protestierten. Da hat der Leiter der Rechtsabteilung der NSDAP, der Rahmsenverteidiger Frank II sofort Telegramme an den Reichspräsidenten und an den Reichskanzler gerichtet. Da veröffentlicht die Reichsleitung der Partei eine Verlautbarung, in der es zunächst heißt: „diese beiden Urteile sind ein Schlag in das Gesicht des nationalen Deutschlands.“ Zum Schluß wird offen mit neuen Gewalttaten gedroht, indem man jagt:

„Es wird in Deutschland keine Ruhe mehr, bis dieses Beuthener Urteil aufgehoben ist.“

Doch nicht nur die nationalsozialistischen, sondern die denselben freundlich gesinnten rechtsstehenden Blätter fühlen sich mit den Mördern von Potemba solidarisch. Die „Deutsche Zeitung“ z. B. weist im Zusammenhang mit dem Beuthener Urteil darauf hin, daß Papen in einer Rundfunkrede „ausdrücklich die Gleichstellung von Nationalsozialisten und Kommunisten abgelehnt hat“. Also, der Kommunist, der einen Nationalsozialisten ermordet, wird geköpft, der Nationalsozialist, der einen Kommunisten umbringt, bekommt vielleicht noch eine Belohnung. Höher kann die Begriffsverwirrung wahrlich nicht gehen.

Noch toller treiben es die „Hamburger Nachrichten“, die sich zu den folgenden Sätzen versteinern:

„Wir sind stets gegen alle Gewaltakte aufgetreten, aber was in Beuthen abgeurteilt wurde, war ja kein

Gewalttät gegen einen deutschen Volksgenossen, sondern die Beseitigung eines polnischen Hasenkeß, der zudem noch Kommunist war. Also ein zweifacher Minusmensch, der das Recht, auf deutschem Boden zu leben, längst verwirkt hatte.

Hat man denn um Gottes willen in deutschen Richterkreisen immer noch nicht begriffen, daß es sich im Osten in dem Grenzkampf zwischen germanischen Edelmenschen und polnischen Untermenschen um den Daseinskampf des deutschen Volkes handelt?

Hier eribrigt sich jeder Zusatz, wir bringen alle diese Itate lediglich, um unsern Mitgliedern zu zeigen, wie weit die Verrohung der sogenannten „Staatsbehörden“ Presse vor sich gegangen ist. Wahrlich, die Zukunft des deutschen Volkes ist in ein tiefes Dunkel gehüllt, Wahrheit und Recht wird von einer bestimmten Kaste von Leuten mit Füßen getreten, wobei vor Gewalttaten nicht zurückgeschreckt wird. Das Elend der Massen von Arbeitslosen wird in den Hintergrund gedrängt, politische Charlatane, denen es nur um die Ergreifung der politischen Macht zu tun ist, stehen im Vordergrund und predigen den Brudermord, die Namen der Gewerkschaftsführer stehen auf der langen Mordliste. Mit tiefem Schmerz empfinden wir, daß blühende Menschen zu langen Zuchthausstrafen, andere zum Tode verurteilt werden. Die Mordheger verstehen es jedoch sehr gut, ihre Personen rechtzeitig in Sicherheit zu bringen, durch die Unruhestiften der Massen leben sie ein Drogenbasen. Wann wird endlich der Zeitpunkt kommen, in dem sich eine Regierung findet, die diesen Mordhegen und Unruhestiften das Handwerk legt? Wann wird endlich die Erkenntnis bei dem deutschen Volke sich Bahn brechen, daß nur durch gegenseitige Achtung und gegenseitige Gleichberechtigung aller Bevölkerungsschichten das Dunkel der Zukunft durchbrochen werden kann?

Wir deutschen Gewerkschaften stehen auf dem Boden der parteipolitischen Unabhängigkeit, wir verurteilen jede Gewalttat, ganz gleich, ob sie von links oder rechts, von Kommunisten oder von Nationalsozialisten ausgeführt wird. Wie wir nach unserm Programm den Klassenkampf verwerfen, so bekämpfen wir mit aller Entschiedenheit den Brudermord. Solche Rohlinge haben in unsern Reihen keinen Platz. Umso mehr erachten wir es als unsere dringende Pflicht, mehr denn je Aufklärung dahin zu schaffen, daß die Massen sich von politischen Drahtziehern nicht weiter verhegen lassen. Mit Mut und Entschlossenheit wollen wir den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, für die Bessergestaltung der Lebenshaltung, für die Freiheit des deutschen Volkes führen. Der Kampf ist z. Zt. besonders schwer, jedoch nicht aussichtslos, Gerechtigkeit und der gesunde Sinn der deutschen Arbeitnehmer wird auch dieses Dunkel durchbrechen und der

Freiheitssonne zum Siege verhelfen!

Auflockerung des Tarifwesens.

Die Presse der deutschen Unternehmer ist dauernd bemüht, den Nachweis zu führen, daß nicht die falsche Wirtschaftsführung, sondern die Gewerkschaften mit ihrer Lohn- und Tarifpolitik die Schuld an der Wirtschaftskrise haben. In erster Linie sollten es die von den Gewerkschaften den Unternehmern angeblich aufgezwungenen hohen Löhne sein, die einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft verhinderten. Jetzt ist es in dieser Beziehung merkwürdig stiller geworden; obgleich die Löhne bis teilweise unter die Säge der Vorkriegszeit zurückgeschraubt worden sind, ist von einem wirtschaftlichen Aufstieg nichts zu spüren, im Gegenteil, das Elend und die Arbeitslosigkeit ist immer größer geworden. Darin kennzeichnet sich am besten die ganze Unfähigkeit unserer sogenannten Wirtschaftsführer. Jeder weitblickende Kaufmann würde daraus seine Lehren ziehen, unsere Großindustrie reitet jedoch nach wie vor ihr altes Stedens Pferd.

Die Presse beschäftigt sich, in den letzten Wochen besonders mit dem Bericht des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Wir haben in der vorigen Nummer unserer Zeitschrift bereits darüber berichtet. Wenn wir heute nochmals darauf eingehen, so lediglich aus dem Grunde, daß von dieser Gruppe in erster Linie die große Lohnabwalmelle in Bewegung gebracht wurde. Nachdem man damit gänzlich Fiasko gemacht, die Kaufkraft vollständig gedrosselt hat, versucht man jetzt unter der Parole: „Auflockerung des Tarifwesens“ das ganze Tarifgebäude zu zerbrechen.

Es erweckt den Anschein, als ob die jahrzehntelangen Erfahrungen im deutschen Wirtschaftsleben an diesen sogenannten Wirtschaftsführern spurlos vorüber gegangen sind. Vergessen ist anscheinend, daß infolge Fehlens von Tarifverträgen die deutsche Wirtschaft durch schwere Wirtschaftskämpfe erschüttert worden ist, so daß selbst die damals faulende Regierung die Notwendigkeit von Tarifverträgen anerkannte. Die deutschen Gewerkschaften sind von jeher eifrige Verfechter des Tarifgedankens gewesen. Schon in den Mitteilungen vom Oktober 1868 sind folgende Sätze enthalten:

„Gleichberechtigung, Vereinbarung, Schiedsgericht sind unser Wahlrecht, und erst im Notfall aber dann mit Wacht und Entschiedenheit, schreiten wir zum letzten Mittel, zur Arbeitseinstellung.“

Es ist doch schon viel früher machten sich Bestrebungen nach Schaffung von Tarifverträgen bemerkbar. Die älteste

Tarifgemeinschaft ist die der Buchdrucker. Diese geht in ihren Anfängen bis auf das Jahr 1848 zurück. Im Juni 1848 tagte die erste Gehilfen-Versammlung der Buchdrucker in Mainz. An die zur selben Zeit in Frankfurt a. M. tagende Nationalversammlung wurde eine Entschließung gerichtet. Darin wurde gefordert: „Überwachung des Lehrlingswesens, Aufforderung an die verschiedenen gewerkschaftsverbundenen Arbeiter Deutschlands zur Vereinerung behufs Feststellung ihrer Arbeitspreise usw. Es wurde also ein Erbhofgesetz für das Buchdruckerhandwerk verlangt, mit dem Erfolg, daß noch im selben Jahre für Breslau und einen Teil der Provinz Schlesien eine Lohnvereinbarung getroffen wurde.“

Es würde zu weit führen, auf die einzelnen Stappen näher einzugehen. Tatsache ist jedoch, daß der Tarifvertragsgedanke trotz des entgegenstimmenden rückständiger Unternehmer, besonders aus der Schwerindustrie, unaufhaltsam siegreich vordrang. Die amtliche Statistik weist nach, daß am 31. Dezember 1912 bereit 10 739 Tarifverträge mit 160 000 Betrieben und 1 574 285 Beschäftigten vorhanden waren. Diese Statistik ist von Jahr zu Jahr umfangreicher geworden. Daraus ergibt sich, daß die Erkenntnis über die Zweckmäßigkeit zum Abschluß von Tarifverträgen ständig gewachsen ist.

Soll das jetzt alles anders geworden sein? Uns deucht, daß die Forderung der Nordwestgruppe auch lediglich in der Unfähigkeit der „Wirtschaftsführer“ zu suchen ist. Was man dort fordert, ist an und für sich nichts neues, es ist vielmehr eine Zurückbildung der Anschauungen der früheren Jahrzehnte. Die Schwerindustrie in Rheinland-Westfalen ist von jeher Gegner des Tarifvertrages gewesen, das ergibt sich aus ihrem Herrenstandpunkt. Schon im Jahre 1890 äußerte sich der Generalsekretär Buel im Verein für Sozialpolitik wie folgt:

„Aber niemals werden sich die Arbeitgeber bereit finden, mit Vertretern der Arbeiterorganisationen oder andern, außerhalb stehenden Leuten zu verhandeln auf dem Fuße der Gleichberechtigung. Niemals werden sie das tun — soweit „niemals“ überhaupt zu sagen ist, wenn nicht ein Zwang auf sie ausgeübt wird, der von verschiedenen Seiten ausgehen kann.“

In einer Position des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller an den Reichstag und Bundesrat kam zum Ausdruck:

„Die Gleichberechtigung der Arbeiter weisen wir entschieden zurück. In der Politik und vor dem Gesetz hat der Arbeiter in unserm Vaterlande die volle Gleichberechtigung, in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung ist er von ihr durch unsere bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unbedingt ausgeschlossen.“

Hieraus ergibt sich der traffe brutale Machtstandpunkt der Schwerindustrie, der auch heute noch vorherrscht, man hängt nur zeitweise ein anderes Firmenschild heraus. Diese Tatsache ist für uns nichts neues, es gilt nur der breiten Öffentlichkeit darüber klaren Wein einzuschütten. Der Tarifvertragsgedanke ist gegen den Willen der reaktionären Schwerindustrie marschiert und wird auch weiter Fortschritte machen, ob mit oder gegen deren Willen. Der Gedanke kann durch die schwere Krise in seinem Lauf gehemmt, aber niemals aufgehalten werden. Das Rad der Zeit zermalmt alles, was sich ihm entgegen stemmt, so werden auch die größten Scharfmacher nicht imstande sein, den Umwälzungsprozeß des hochkapitalistischen Systems aufzuhalten.

Die Aufrollung der Frage über die Auflockerung des Tarifwesens könnte für den Außenstehenden leicht die Auffassung erwecken, als ob etwas grundsätzlich Neues passiert wäre, in Wirklichkeit ist es der alte Standpunkt über das Alleinbestimmungsrecht über die Arbeitsbedingungen. Die Presse beschäftigt sich z. Zt. in besonders großem Umfange mit der Frage der Tarifverträge, ohne auf den Kern des Problems näher einzugehen. Es wird meist übersehen, daß ein Tarifvertrag, wie er den ernststen Verfechtern dieses Gedankens vorschwebt, auf beiderseitigem Treu und Glauben aufgebaut sein muß und die beiderseitigen Interessen sorgsam abwägt. Der Bericht der Nordwestgruppe vertritt scheinbar auch die Forderung, daß eine Tarifpolitik zu schaffen sei, die „echt und ehrlich“ ist und die auf die Lage der Werke und der Wirtschaft weitgehende Rücksicht nimmt. Daraus könnte man entnehmen, daß diese Grundlagen in den bisher abgeschlossenen Tarifverträgen nicht enthalten sei. Wer jahrzehntelang am Aufbau der Tarifverträge mitgewirkt hat, wird bei objektiver Beurteilung zugeben müssen, daß die einzelnen Bestimmungen nach sorgfältiger Abwägung beider Vertragsparteien, oft nach wochenlangen Verhandlungen festgelegt worden sind. Der Aufbau eines richtigen Tarifvertrages ist eine Kulturarbeit und die Einhaltung desselben ein Stück Erziehungsarbeit. Wer die Geschichte des deutschen Tarifvertragswesens einem eingehenden Studium unterzieht, der wird zu der Erkenntnis kommen, daß aus allen Bestimmungen überall Aufbau, aber niemals Zerstörungswille zu erkennen ist. Damit soll keineswegs behauptet werden, daß manches

darin nicht reformbedürftig ist, eine gesunde Tarifpolitik hat sich noch nie den gegebenen Verhältnissen verschlossen.

Wer will die Zeit als ideal bezeichnen, in der ohne Tarifvertrag wochen-, ja monatelang um einen Pfennig Lohnherhöhung, oder Abbau gekämpft worden ist. Wer will die Kämpfe herbeiführen, in der in der Arbeitszeitfrage lange und harte Kämpfe geführt worden sind. Damit soll nicht gesagt sein, daß Tarifverträge jegliche Kämpfe ausschließen, im Gegenteil, es haben auch bei der Schaffung von Tarifverträgen des älteren harte Kämpfe eingesetzt, die jedoch vielfach weniger durch die Vertragsparteien, als vielmehr durch äußere Einflüsse hervorgerufen worden sind. Wo der ernste Wille zum Vertragsabschluß vorhanden war, ist dieser auch in den meisten Fällen erfolgt.

Man findet nun so oft die Meinung, selbst auch bei Behörden, vertreten, daß die Tarifverträge mehr beweglicher gestaltet werden müssen, oder, wie die Nordwestgruppe verlangt, eine „Auflockerung“ erfolgen müsse. Man weiß oft nicht, wie das gemeint ist oder was darunter verstanden werden soll. Will man damit einer sogenannten Konjunkturpolitik das Wort reden, dann ist jeder Tarifvertrag lediglich ein festes Papier. Ein Tarifvertrag ist ein auf Treu und Glauben abgeschlossener Vertrag, der nicht nur in guten, sondern auch in bösen Tagen Geltung haben muß. Was nützt es den Arbeitgebern, wenn die Vertreter der Arbeitnehmer bei niedergehender Konjunktur Vergünstigungen gestatten würden, die Arbeitnehmer würden bei aufsteigender Konjunktur mit demselben Recht derartige Forderungen stellen. Damit wäre die Grundlage des Vertrages durchbrochen, eine beiderseitige Beunruhigung würde eintreten, die doch gerade durch Abschluß von Tarifverträgen vermieden werden soll. Im übrigen ist in den meisten Verträgen soviel Bewegungsfreiheit enthalten, daß nach sachlicher Prüfung beide Teile in guten wie in bösen Tagen auskommen können. Das gilt auch insbesondere für die Lohnfrage. Ein Lohnvertragsvertrag hat doch nur dann einen praktischen Sinn, wenn der Arbeitnehmer bei angemessener Leistung auch einen zur Erhaltung seiner Familie angemessenen Lohn erhält, dabei ist nach unten wie nach oben, die größte Beweglichkeit vorgezogen. Wir müssen es allerdings ablehnen, einen Tarifvertrag abzuschließen, der, wie die Forderung der Nordwestgruppe besagt, einen Lohn festsetzt, der den Sägen der Arbeitslosenunterstützung gleichkommt. Das scheint die Grundlage für die Forderung auf Auflockerung des Tarifwesens zu sein, die wir mit aller Entschiedenheit ablehnen müssen.

Noch ein paar Bemerkungen zur Frage der Zwangstarife, zur Allgemeinverbindlichkeitsklärung von Verträgen. Hierzu müssen wir zunächst feststellen, daß seit Einführung dieser Maßnahme in erster Linie die Arbeitgeber die Anträge auf Verbindlichkeitsklärung gestellt haben. Es liegt im Wesen der Arbeitnehmerorganisationen, möglichst wenig die Einrichtungen der staatlichen Behörden in Anspruch zu nehmen. Wenn dies doch in einzelnen Fällen geschehen ist, so darf nicht übersehen werden, daß Krieg und Inflationsjahre hinter uns liegen, die wahrlich nicht geeignet waren, die Wirtschaft durch Wirtschaftskämpfe zu erschüttern. Mit allem Nachdruck sei jedoch darauf hingewiesen, daß dies eine reire Frage der Zweckmäßigkeit ist, unser Ziel wird dadurch nicht behindert.

Die Zeiten sind gerade nicht dazu angetan, alle diese Probleme eingehend zu erschöpfen. Zwischen den Ansichten auf Arbeitnehmerseite und denen auf Arbeitgeberseite über die Frage des Tarifvertrages klaffen nach wie vor große Lücken. Durch die politischen Ereignisse sind diese nicht geschlossen, sondern verbreitert worden. Manches politische Nebelbild wird zerstäuben, wenn es in den Bereich der Wirtschaft gedrückt wird. Das trifft in erhöhtem Maße für die Lebensfragen der Arbeitnehmer zu, und in erster Linie für sie, wenn es sich um die Festlegung der Arbeitsbedingungen handelt. Niemand wird bestreiten wollen, daß sich bei jeder Sache im Laufe der Zeit Mängel herausstellen können. Das kann auch beim Tarifvertrag der Fall sein. Keine Formen sind für die Ewigkeit bestimmt. Die Grundlage bleibt jedoch unverändert, ein Tarifvertrag muß unter beiderseitiger Gleichberechtigung auf Treu und Glauben abgeschlossen werden.

Die Regierung in der Sadgasse.

Der Sturz der Regierung Brüning hat den daran Beteiligten den erhofften Gewinn nicht gebracht. Glaubte man durch Auflösung des Reichstages und durch Neuwahl eine reaktionäre Mehrheit zu erreichen, so hat man sich gründlich getäuscht. Zwar hat die Hitlerpartei gewaltig zugenommen, die Zahl der Mandate reicht jedoch mit Einschluß des rechten Flügels bis zur Volkspartei zur Mehrheit im Reichstag nicht aus. Daraus ergeben sich Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung, deren Ausmaß noch nicht zu übersehen ist, jedoch mit ernster Sorge betrachtet werden muß.

Die Verhandlungen Hitlers mit dem Reichszankler und dem Reichspräsidenten haben zu keiner Verständigung geführt, da Hitler die ganze Macht für sich beanspruchte. Der amtliche Bericht besagt darüber folgendes:

„Der Reichspräsident richtete an Hitler die Frage, ob er bereit sei, selbst sowie mit anderen geeigneten Persönlichkeiten der NSDAP. in die von dem Reichszankler von Papen geleitete Regierung einzutreten.“

Herr Hitler verleihe dies und stelle an den Herrn Reichspräsidenten die Forderung, ihm die Führung der Reichsregierung und die gesamte Staatsgewalt in vollem Umfange zu übertragen.

Reichspräsident von Hindenburg lehnte diese Forderung sehr bestimmt mit der Begründung ab, daß er es vor seinem Gewissen und seinen Pflichten dem Vaterlande gegenüber nicht verantworten könne, die gesamte Regierungsgewalt ausschließlich der nationalsozialistischen Bewegung zu übertragen, die diese Macht einseitig anzuwenden gewillt sei. Er bedauerte, daß Herr Hitler sich nicht in der Lage sehe, entsprechend seinen vor den Reichstagswahlen abgegebenen Erklärungen eine vom Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten berufene nationale Regierung zu unterstützen.

Von der Parteileitung der Hitler wird die amtliche Darstellung als falsch bezeichnet, Hitler habe nur die Führung der gesamten Staatsgewalt gefordert. Demgegenüber wird von amtlicher Seite festgestellt, daß Hitler dem Reichspräsidenten wörtlich gesagt habe, er, Hitler, fordere für sich die gleiche Stellung und die gleichen Vollmachten, wie Mussolini sie nach dem erfolgten Marsch auf Rom verlangt und erhalten hätte.

Wir haben keine Ursache uns in den häuslichen Streit einzumischen, immerhin kommt der Größenwahn Hitlers hier schroff zum Ausdruck, auf der andern Seite wird bestätigt, daß Hitler der Regierung Papen das Versprechen gegeben hat, sie zu tolerieren. Diese Freundschaft ist nun offenbar in die Brüche gegangen und Papen hält vergeblich Umschau, auf wen er sich stützen kann, eine Mehrheit in dem neu gewählten Reichstag gibt es für die Regierung Papen nicht. Nach der Verfassung müßte demnach diese Regierung abtreten. Da dieselbe sich nach ihrer eigenen Auffassung auf lange Sicht festgesetzt hat, wird nach Auswegen gesucht, um über diese Schwierigkeiten hinweg zu kommen. Inzwischen ist die große Vereinnahmungsmaschine in flotten Gang gesetzt, alle Regierungsverwaltungsbeamten, die in dem Geruch einer republikanischen, demnach staatsrechtlichen Gesinnung stehen, sind weithin von den Ämtern entfernt. Damit sind die Schwierigkeiten in der Regierungsbildung keineswegs behoben.

Auf Grund der verfassungsmäßigen Vorschriften muß der neu gewählte Reichstag jetzt zusammentreten. Es ist sicher, daß der Regierung Papen ein Mißtrauensvotum ausgesprochen wird, dieselbe müßte demnach abtreten. Es werden jedoch in letzter Zeit bestimmte Andeutungen gemacht, daß die Reichsregierung die Absicht habe, den Reichstag noch vor seinem Zusammentritt oder vor einem Mißtrauensvotum aufzulösen und dann mit verfassungswidrigen Mitteln weiter zu regieren. Diese Gerüchte dürften der Grundlage kaum entbehren, denn mit besonderer Einmütigkeit wendet sich die Zentrums- und die im allgemeinen gut unterrichtet zu sein pflegt, gegen diese dunkeln Pläne der Reichsregierung. In einem diesbezüglichen offiziellen Pressedienst heißt es:

„Der Reichstag ist arbeitsunfähig, sagt die Reichsregierung. Das mag nach außen so scheinen. Aber hier in dieser allgemeinen Not und Gefahr; in der selbst Staatskräfte nicht ausgeschloffen erscheinen, ist es eben wiederum die Zentrums- und die im allgemeinen gut unterrichtet zu sein pflegt, gegen diese dunkeln Pläne der Reichsregierung. In einem diesbezüglichen offiziellen Pressedienst heißt es:

Zum Schluß heißt es: „Wie auch die Pläne der Reichsregierung sich noch offenbaren werden, wie im Zentrum und in der Bayerischen Volkspartei rufen ihr ein gebieterisches Halt zu, wenn sie den Weg der Verfassung verläßt. Dann werden wir mit den schärfsten Mitteln zur Abwehr drohender Gefahren schreiten, unheugamen Willens weiterzuringen um die wirkliche nationale Sammlung der Volkskräfte, um so doch allen Diktatur-Äußerungen und Parteiherrschaften zum Trotz eine Regierung für das Volk und mit dem Volke zu bilden, die dessen Rechte schützt und wahrt.“

Diese Warnung des Zentrums ist klar und eindeutig, hat aber auch um so größere Bedeutung, daß tatsächlich eine bestimmte Gefahr besteht, die das deutsche Volk an den Rand des Verderbens bringen kann. Mit banger Sorge muß wiederum festgestellt werden, wohin es führt, wenn das Volk ohne Ueberlegung politischen Charlatanen nachläßt, die wohl viel versprechen, aber nicht gewillt sind, irgend eine Verantwortung zu tragen.

Des Weiteren besteht noch eine andere Gefahr, die Unsicherheit der Regierung führt dazu, daß grundlegende Sicherungen zur Arbeitsbeschaffung z. Bt. nicht gegeben sind. Der ganze Verwaltungsapparat erfährt eine Unsicherheit, den Deutschland einfach nicht ertagen kann.

Inzwischen rücken die Wintermonate immer näher heran, in denen die Arbeitslosenziffer naturgemäß anschwellt. Ein erfolgreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm ist nicht von heute auf morgen geschaffen. Hinzu kommt das gewaltige Heer der Arbeitslosen und Rentenempfänger, die in dem jetzigen Zustand unanständig belassen werden können. Die Erbitterung wächst von Tag zu Tag, auch die Summen rufen und die Sondergerichte werden für die Dauer nicht imstande sein, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Hierzu gehört eine vom Vertrauen des

Volkes und nicht eine von der dünnen Oberschicht eingesezte Regierung. Die Zeiten sind wahrlich nicht dazu angetan, Experimente zu machen, das Volk hat längst empfunden, daß ihm lediglich alle Lasten aufgebürdet werden. Kräfte aus der Industrie und der Landwirtschaft sind bereits wieder am Werke, um Propaganda für eine neue Inflation zu entfalten. Mit allen Mitteln muß diesen Leuten das Handwerk gelegt werden. Kollegen, reißt diesen Leuten die Maske ab, schafft überall Aufklärung, sorgt dafür, daß die verfassungsmäßigen Rechte nicht noch weiter geschmälert werden.

Zur Frage der Arbeitsbeschaffung.

Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat zur Frage der Arbeitsbeschaffung Stellung genommen. In dem darüber gegebenen Bericht heißt es:

„Der Reichsverband der deutschen Industrie vertritt den Standpunkt, daß auf dem Wege einer öffentlichen Arbeitsbeschaffung eine konjunkturfördernde Beeinflussung nicht erreicht werden kann, und lehnt alle uferlosen Pläne, die zur Ausführung von Milliardenprojekten von verschiedenen Seiten aufgestellt worden sind, nach wie vor ab. Eine Besserung der innerwirtschaftlichen Lage und eine allmähliche Beseitigung der Arbeitslosigkeit kann nach Auffassung des Reichsverbandes nur dann erhofft werden, wenn die innerwirtschaftlichen Hemmnisse, die die freien Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigen, beseitigt und die Produktionskosten derart gesenkt werden, daß die Betriebe wieder rentabel wirtschaften können.“

Es wurde aber anerkannt, daß unter den gegebenen Verhältnissen die öffentlichen Stellen, einschließlich der Reichsbahn und der Reichspost, die Aufgabe haben, diejenigen Arbeiten mit möglicher Beschleunigung in Gang zu setzen, die zur Erhaltung des öffentlichen Vermögens notwendig sind, und zwar in einem erheblich erweiterten Umfange als bisher vorgesehen.

In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes und der Arbeitsdienstpflicht erörtert. Dabei wurde festgestellt, daß der freiwillige Arbeitsdienst einer möglichen Förderung bedarf und daß in einem weiteren Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes auch die organischen Grundlagen für eine spätere Einführung der Arbeitsdienstpflicht gefunden werden können.“

Bemerkenswert ist zunächst, daß sich der Reichsverband nur bedingt für die Arbeitsdienstpflicht ausspricht. In der Forderung der Senkung der Produktionskosten sind zweifellos in erster Linie die Löhne gemeint. Es erweckt demnach den Anschein, daß auch der Reichsverband alles Heil aus der Senkung der Löhne erwartet, man tummelt nach wie vor das alte Stedensperd, trotzdem eine weitere Verminderung der Kaufkraft zum völligen Erliegen der Industrie führen muß. Die Beseitigung der innerwirtschaftlichen Hemmnisse erblickt man offenbar in noch größeren Freiheiten für Monopole und Kartelle, sowie in dem Abbau des Schlichtungs- sowie in dem Umbau des Tarifwesens. Hinsichtlich der Arbeitsbeschaffung stimmen die Unternehmer im ganzen den jetzigen Absichten der Reichsregierung offenbar zu, nur mit der Betonung, daß Reichsbahn und Reichspost noch mehr Aufträge vergeben sollen.

Die Reaktion im Vormarsche.

Mit unverminderter Heftigkeit führt die Reaktion den Kampf gegen das Volkswort der Arbeitnehmer, gegen die Gewerkschaften weiter, teils in offener, teils in versteckter Form. Die Unternehmerpresse verschwendet ganze Kräfte von Druckerhörschwarz, um den Nachweis dafür zu liefern, daß an diesem ganzen wirtschaftlichen Elend lediglich die Gewerkschaften schuld seien. Nachdem mit der Lohnpolitik, mit dem Lohnabbau glänzend Fiasko gemacht worden ist, sieht die Zahl der Arbeitslosen immer mehr vermehrt hat, steht jetzt der Kampf um „die Auslöschung des Tarifwesens“ im Vordergrund. Auch dieser Kampf dient nur als Mittel zum Zweck, um auf der einen Seite die Unfähigkeit der sogenannten „Wirtschaftsführer“ zu verschleiern, auf der andern Seite Material zusammen zu tragen, um gegen die gehaltenen Gewerkschaften besser ankämpfen zu können.

Die Gewerkschaften sind an solche Kämpfe gewöhnt, sie sind dadurch nicht kleiner geworden, sie blicken mit gerechtem Stolz zurück auf ihre Laufbahn und können mit Befriedigung feststellen, daß ihr Kampf für die Freiheit kein vergeblicher gewesen ist.

Die kommenden Septembertage sind besonders dazu angetan, bei den alten Kämpfern Erinnerung wach zu rufen. In den Herbsttagen des Jahres 1868 wurde der Ruf nach Freiheit, Gleichberechtigung, Selbstbestimmungsrecht in Stadt und Land begeistert aufgenommen. Kein Ausnahmegesetz, keine Gewaltpolitik haben vermocht, den Freiheitsgedanken der Arbeitnehmer zu unterdrücken. Zwar hat es an derartigen Versuchen niemals gefehlt. Wir erinnern nur an das Jahr 1899, wo unter dem Reichszentraler Hohenlohe eine sogenannte Zuchthausvorlage, zum Schutz der „Arbeitswilligen“ eingebracht wurde, die jedoch von der Mehrheit des Reichstages ohne Kommissionsberatung abgelehnt wurde. Ihre Niederlage hatte die damalige Regierung reichlich verdient, indem sie dem Drängen der Scharfmacher im Unternehmerlager zu sehr Gehör geschenkt hatte. In der Zeit waren die Arbeitnehmer in den meisten Fällen gezwungen, die geringste

Lohnaufbesserung zu erkaufen. Besonders im Baugewerbe waren die Kämpfe so heftig, da die Unternehmer oft dazu übergingen, sich von Italien sogenannte „Arbeitswillige“ (Streikbrecher) zu verschreiben. Es kam hierherhalb zu Zusammenstößen, wobei die Gerichte dann ganz drakonische Strafen, Zuchthaus von mehreren Jahren verhängten. Dies genügte den Scharfmachern jedoch nicht, sie verlangten ein Ausnahmegesetz, das bei Annahme gleichbedeutend mit der Aufhebung der Koalitionsfreiheit gewesen wäre. Die Mehrheit der Abgeordneten verhinderte glücklicherweise die Annahme der Vorlage.

Es gab auch zu der Zeit Männer, die einen größeren Weitblick hatten, als die jetzigen „Wirtschaftsführer“. So machte der Führer der Nationalliberalen (der heutigen deutschen Volkspartei), der Abgeordnete Bassermann, Ausführungen, die außerordentlich beachtenswert sind; er bezeichnete es als „Heuschreck“, wenn die Arbeitgeber behaupten, sie könnten es nicht mehr ohne Zuchthausgesetz aushalten. Bassermann erklärte weiter:

Wir dürfen keine Politik treiben, welche das Vertrauen der Arbeiterkreise in die deutsche Gesetzgebung erschüttert. Es gäbe nicht nur sozialdemokratische Arbeiter, sondern auch eine große Zahl Arbeiter, die auf reichsdeutschem Boden stehen. Dann sei noch ein Gesichtspunkt zu berücksichtigen: Deutschland ist nicht besetzt im europäischen Völkerkongert; es kann einst der Moment kommen, wo ein Weltkrieg sich entfacht, in welchem die deutsche Nation um ihre Existenz kämpfen muß. In diesem Kampfe bedürfen wir auch der deutschen Arbeiter, und deshalb müssen wir auch in ihnen das Vertrauen erhalten. Wir müssen ihnen mit ehrlichem Gewissen sagen können: wir treiben keine Klassenpolitik zu Gunsten der Großindustrie, wir wollen auch eure Rechte und eure Interessen ganz und voll wahren.

Diese Worte Dr. Bassermanns haben naturgemäß den Unwillen der Scharfmacher und deren Organe, besonders der Berliner „Börsenzeitung“ hervorgerufen, die die sofortige Absetzung dieses Führers von der Partei verlangte.

Wir rufen diese Erinnerungen wach, um zu zeigen, daß die Unternehmer der heutigen Zeit aus allen diesen Vorgängen nichts gelernt, ihre reaktionäre Gesinnung erblickt in den Arbeiterkreisen nur Menschen zweiter Klasse, Ausbeuteobjekte, die jeder Willkür des Unternehmers unterworfen sein müssen. Diese Kreise erblicken in den Gewerkschaften, in der Sozialpolitik die größten Hindernisse für ihre reaktionäre Willkür, deshalb lassen sie keine Gelegenheit vorüber gehen, um dagegen anzukämpfen. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten hat eine Zusammenstellung dieser reaktionären Stimmen gemacht, der wir folgendes entnehmen:

Graf Kallreuth auf einer Agrartagung des „Landvolkes“ „Deutsche Tageszeitung“, 30. Januar 1918: „Nicht einmal das Existenzminimum hat man dem Landwirt gewährt, man hat ihm zugemutet, schlechter leben zu müssen, als der städtische Arbeitsschlepper... Schluß deshalb mit jeglicher Sozialpolitik, deren Leistungen sich als Fautheitsprämien auswirken.“

Reichsbankpräsident Dr. Schacht bei einem Festessen im Februar 1930 in Bremen:

„Wir haben nirgends mehr das Gefühl in der Bevölkerung, daß der einzelne für sein Schicksal verantwortlich ist, daß der einzelne kämpft und ringt und sich einsetzen muß, wenn er etwas im Leben erreichen will. Unser Ideal in Deutschland ist das Ideal des Sozialrentners, der mit dem Augenblick, wo er in die Wiege gelegt wird, künstlicher Versorgungslehre einschließlich der Sterbekasse mitbekommt.“

Deutsche Bergwerkszeitung vom 12. Oktober 1930: „Heraus aus der Arbeitslosigkeit durch Mehrarbeit.“

„Wer trägt die Schuld an diesen unerhörtsten Zuständen? Nur die Gewerkschaften! Die Gewerkschaften aller Berufsverbände und aller Parteirichtungen. Wer hilft uns, diesen Unverstand zu besiegen? Dafür Bestellung eines von der Politik nicht beeinflussten Wirtschaftsdirektors“

Kommerzienrat Philipp Helferich, „Textilzeitung“ vom 13. Juni 1932:

„Was aber die Krise in Deutschland wesentlich verschärft und schließlich zum wirtschaftlichen Zusammenbruch führte, war die Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaften, die Aufblähung unserer Sozialpolitik mit ihren schweren Lasten.“

„Deutsche Allgemeine Zeitung“ Nr. 255/1932
Das Reichsarbeitsministerium war 13 Jahre lang die Domäne der Gewerkschaftssekretäre. Auch hierin muß eine grundsätzliche Änderung eintreten.“

Dr. Haus Reupke in seinem Buch „Der Nationalsozialismus und die Wirtschaft“, vom „Völkischen Beobachter“ allen empfohlen, die sich näher über die wirtschaftlichen Ziele des Nationalsozialismus unterrichten wollen:

„Diese Organe und Ideologien (Betriebsräte und Reichswirtschaftsrat) sind tatsächlich Unheilschichten und Unmöglichkeiten.“

Gottfried Feder im Rundfunk am 3. Januar 1931:

„Für Wirtschaftsdemokratie ist im nationalsozialistischen Staat kein Platz, auch Betriebsräte kommen nicht in Frage. Bei uns gibt es keine öde Gleichmacherei. Der Ertrag sinkt, wenn das Geschwätz anfängt.“

Geheimer Kommerzienrat Ribbeck, Industrieller: „Wir wollen die Herren in unserem Hause bleiben.“

Professor Ludwig Mises, „Der Deutsche“ vom 8. Dezember 1931:

„Wir sehen also, die Arbeitslosigkeit als Dauer- und Massenerscheinung ist das Ergebnis der von den Gewerkschaften eingeschlagenen Politik, den Lohnsatz hinaufzutreiben. Die Arbeitslosenunterstützung ist mithin nicht eine Maßnahme zur Linderung der durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Not.“

Partei Führer Eugen Berg in einer Versammlung in Sieben im Februar 1931:

„Das Deutschland nicht mit den heutigen Gewerkschaften, sondern nur gegen sie zu retten ist, hat die Reichstagsabstimmung vom 16. Oktober gezeigt, bei der die „nationale Opposition“ einem geschlossenen Ring von Gewerkschaftsparteien gegenüberstand.“

Professor Dr. Horneffer in seinem Buch „Freiheit am Volk, Gedanken zur deutschen Sozialpolitik“:

„Wenn die Menschen nicht mehr von der Angst vor Armut und Hunger getrieben werden, wenn diese Peinliche der Not und des Zwanges nicht mehr hinter ihrem Rücken droht, dann tun sie nichts mehr...“

Generaldirektor Dr. Reusch am 3. Juni 1931 in Düsseldorf:

„Armut kann nur durch Opfer, Fleiß und Arbeit überwunden werden. Wir müssen uns nach oben hungern.“

Arbeitgeber Syndikats Dr. Klenner, Elberfeld 1925:

„Ich bin der Meinung, man muß die Gewerkschaften kaputt schlagen.“

Direktor Klein von der Firma Bohwinkel, Mainz, in einer Sitzung der Zentralschlichtungskommission für das Bayerische Säbgerwerbe:

„Wenn von den Gewerkschaftsführern mal einige hundert an die Laternenpfähle gehängt werden, dann wird die Industrie Ruhe haben vor den Forderungen der Arbeiterschaft.“

Reinhold Muchow, Reichsleiter der NSD., März 1931:

„Das Ziel des Verbleibens von Nationalsozialisten in den Gewerkschaften ist... Die Durchsetzung bzw. völlige Eroberung derselben.“

Nationalsozialistischer Parteitag in Nürnberg:

„Die NSDAP. sieht in den nunmehr angestrebten Betriebszellenorganisationen die Grundlage, von der aus zu gegebener Zeit die Schaffung nationalsozialistischer Berufsgewerkschaften in Angriff genommen werden kann.“

Adolf Wagner, Gewerkschaftsreferent in der NSDAP., am 4. Juli 1930 in einer Versammlung in München:

„Die soziale Gesetzgebung ist eine der größten säkularistischen Erpressungen an den Besitzenden.“

Professor Dr. Schreiber in „Technik und Kultur“, Nr. 2, vom Februar 1931:

„Wenn wir uns jetzt ansehen, wohin die soziale Fürsorge geführt hat, so kommen wir zu folgender Ueberzeugung: „Sozial heißt: Erhaltung der Arbeitslosen auf Kosten der Arbeitswilligen und der Arbeitsfreudigen. Daß dabei die Zahl der Arbeitswilligen immer kleiner und kleiner wird, ist menschlich, und so führt unsere jetzige soziale Fürsorge immer mehr zur Vernichtung des Arbeitswillens.“

Aus einem Vortrag vom 20. Februar 1932, gehalten auf der Sitzung des erweiterten Vorstandes des Landesverbandes Hannover-Süd der Deutschnationalen Volkspartei:

„Die Gewerkschaften müssen unter allen Umständen ganz verschwinden. Der Weg der reiflosen Zerstückelung der Gewerkschaften und ihre Ersetzung durch Werksgemeinschaften ist der sichere Weg.“

Walter Funk, Wirtschaftsberater in der NSDAP., bis vor kurzem Chefredakteur der scharf finanzkapitalistischen „Berliner Börsenzeitung“, Vorstandsmitglied der „Gesellschaft für deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik“, die schärfste Gegner der Gewerkschaften und Anhänger des werkgemeinschaftlichen Gedankens ist, in einem Aufsatz vom 21. Oktober 1924, in dem er für die Beseitigung des Reichsarbeitsministeriums und der Tarifverträge eintritt:

„Zur Regelung von Streitigkeiten in Arbeitszeit und Lohnverweilen genügt bei freier Vereinbarung zwischen Unternehmer und Arbeiter nach Aufhebung des Tarifzwanges eine Lösung im Reichswirtschaftsministerium, das nicht gerade einem Parlamentarier und Gewerkschaftsführer zu unterstehen braucht!“

Entschließung des „Arbeitsausschusses deutschnationaler Industrieller“, „Sozialwirtschaftliche Korrespondenz“ vom 23. Mai 1932:

„Abkehr vom politischen Lohn, freiere Gestaltung des Tarifvertrages, Anerkennung des Werttarifes, Beseitigung des Privileges der sogenannten tariffähigen Gewerkschaften. Tariffähigkeit der jetzt nicht tariffähigen Organisationen (gelbe Werkvereine), Beschränkung des Schlichtungswesens und Uebertragung für Konflikte an eine richterliche Stelle, Erlass der Sozialversicherung durch eine geeignete Form des Zwangsparitätens.“

Dr. Erwin Lid in seinem Buch „Die Schäden der sozialen Versicherung“:

„Die Krankenversicherung untergräbt die Mannhaftigkeit, begünstigt körperliche und seelische Verweichlichung und führt zur bewussten Krankheitszüchtung. Die Arbeitslosenversicherung ist nur dazu da, im Arbeiter den Willen zur Arbeitslosigkeit zu wecken. Der Arbeiter will arbeitslos werden, jeder will mal kranken, d. h. kranken.“

Stahlhelmführer Dr. Graf zu Trautmannsdorf in der „Dreisigauer Zeitung“:

„Wir bekämpfen die Gewerkschaften aus dem Grunde, weil sie in ihrer heutigen Form der Nation schädlich sind.“

Reichsminister von Bayern, vor seiner Berufung, in einer Versammlung:

„Wir fordern Abkehr vom Kollektivismus, Aufhebung der Tarifverträge, ein neues Sozialversicherungs- und Knappschaftswesen, gestellt auf das individuelle Benehmen des Unternehmers.“

Aus diesen Zitaten ist zu entnehmen, daß sich alle reaktionären Kräfte aus allen Lagern zusammen gefunden haben, um mit vereinten Kräften den Kampf gegen die Gewerkschaften, gegen die Sozialpolitik zu führen.

„Fort mit den Lohn- und Tarifverträgen“, „Schluß mit dem Mitbestimmungsrecht“, „Abbau der Sozialversicherung“, „Her mit dem Wirtschaftsdiktator gegen die Arbeitenden!“ „Und vor allem: unterhöhlt oder zerstört die Gewerkschaften, das Bollwerk der Arbeitnehmer!“

So tönt es uns von allen Seiten im Chor entgegen. Unvernunft und Böswilligkeit umlauern uns. „Viel Feind — viel Ehr!“ Wir wehren ab und greifen an! Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist in Jahrzehnten über unüberwindbar scheinende Hindernisse siegreich hinweggegangen — sie wird auch die antisozialen Kräfte von heute überwinden.

Arbeitnehmer! schließt die Reihen!

Die Arbeitsmarktlage.

Nach dem Bericht des Reichsarbeitsblattes ist die allgemeine Arbeitsmarktlage fast unverändert. In der ersten Augusthälfte ist die Gesamtzahl der gemeldeten Arbeitslosen gegenüber dem Stande des Vorberichts nur noch um 9545 oder 0,2 v. H. auf 5382703 gesunken. Aus dem geringen Rückgang kann auch in der Berichtszeit noch auf keine Besserung im Beschäftigungsgrad und in der Aufnahmefähigkeit der Wirtschaft geschlossen werden. Die Rücknahme bzw. Nichterneuerung der Arbeitsgesuche ist auch in der Berichtszeit vielfach wegen Ablehnung von Unterstützungsanträgen bzw. wegen Nichtunterstützung mangels Hilfsbedürftigkeit erfolgt. Der Rückgang der männlichen Arbeitslosen (minus 8398 oder 0,2 v. H.) ist etwas stärker als der der weiblichen Arbeitslosen (minus 1147 oder 0,1 v. H.).

Trotz geringer Aufnahmefähigkeit in den Berichtsgruppen Landwirtschaft (minus 10988), Lohnarbeit wechselnder Art einschl. Bauhilfsarbeiter (minus 3528), Industrie der Steine und Erden (minus 2053), Bekleidungs- und Textilgewerbe (minus 3287), Spinnstoffgewerbe (minus 2819), Nahrungs- und Genussmittelgewerbe (minus 2893), sowie im Holz- und Schmiedegewerbe (minus 1318) und in der Metallindustrie (minus 1935) wird durch das Ansteigen der Zahl der Arbeitslosen in fast allen übrigen Berufsgruppen die Gesamtzahl der Arbeitslosen nur wenig beeinflusst.

Entsprechend der wirtschaftlichen Struktur war die Entwicklung innerhalb der Landesarbeitsamtsbezirke sehr verschieden. Während in den Saisonaußenberufen in Ostpreußen (minus 3689), Nordmark (minus 3569), Bayern (minus 3004), Schlesien (minus 1912), Niederachsen (minus 1425), Westfalen (minus 1117), Mitteldeutschland (minus 1059) und Pommern (minus 463) Arbeitskräfte in Abgang gestellt werden konnten, hat sich die Zahl der Arbeitslosen in Brandenburg (plus 1749), Südwestdeutschland (plus 492), Rheinland (plus 358) und Hessen (plus 162) bereits erhöht. In den überwiegend konjunkturell bedingten Berufsgruppen ist mit Ausnahme von Mitteldeutschland (minus 1420) Südwestdeutschland (— 1282), Bayern (— 1150), Ostpreußen (minus 536), Schlesien (minus 451) in allen Landesarbeitsamtsbezirken die Zahl der Arbeitslosen gestiegen. Die absolut stärksten Zugänge weisen die Bezirke Brandenburg (plus 2806, Nordmark (plus 2924) und Rheinland (plus 2005) auf.

Nach der gewerkschaftlichen Statistik hat neben dem Baugewerbe, die Holzindustrie die größte Arbeitslosenziffer aufzuweisen. Baugewerbe 77,2 v. H., Holzindustrie 66,1 v. H.

Wichtige Tagung.

Der Gewerbeverein deutscher Metallarbeiter (H.-D.) hält am 28. August und folgende Tage in Magdeburg seinen ordentlichen Delegiertentag ab. Der vorliegende Kasien- und Tätigkeitsbericht lassen erkennen, daß es trotz aller Schwierigkeiten gelungen ist, das Schiff flott über die Klippen der Krise hinwegzuführen.

Möge der Tagung ein guter Erfolg beschieden sein.

Aus den Ortsvereinen.

Breslau. In einer vom Ortsverband der deutschen Gewerbevereine (H.-D.) am 9. August abgehaltenen Arbeitslosenversammlung sprach Kollege Baal über den Stand der Wirtschaftskrise und die Auswirkungen der 5. Notverordnung auf die Arbeitslosen. Der Vortragende zeigte auf, daß die Wirtschaftskrise in unver-

minderteter Stärke weiter bestesse. In Amerika sind keine Entlassungserscheinungen festzustellen. Die Zahl der Erwerbslosen beträgt dort 12—15 Millionen. Die Produktion sinkt weiter ab. Die Staatsfinanzen sind im höchsten Maße unglücklich. Die bisherigen Versuche, durch Auflockerung die Krise einzudämmen, sind erfolglos geblieben. Auch in Frankreich sinkt die Produktion von Monat zu Monat. Die Ausfuhr ist im Monat Juni um 1 Million gesunken, dagegen schwillt der Goldbestand der Bank von Frankreich immer noch an. Durch Zölle und Einfuhrbeschränkungen versucht man die Krise aufzuhalten, trotzdem nimmt die Krise an Schärfe zu. In England waren Ende Juni 2842000 Millionen Arbeitslose gegen 2707000 im Jahre 1931. Trotz der Heruntersetzung des Goldstandards seit April 1932 ist wieder eine sinkende Tendenz festzustellen. Alle Bemühungen, die Krise aufzuhalten und zu überwinden sind fehlgeschlagen. Eine Reichskonferenz in Ottawa soll neue Methoden bestimmen, die nicht nur die Krise in England, sondern auch in den Dominions Einhalt gebieten soll. Und in Deutschland? Die Arbeitslosigkeit ist weiter im Steigen. Ende Juni 1931 betrug die Zahl der Erwerbslosen 3953000, Ende Juni 1932 gleich 5475000 u. Mitte Juli 5492000. Der Tiefstand in der Produktionsmittelindustrie und bei den Verbrauchsgütern ist ungeheuerlich. Die Lage am Baumarkt katastrophal. Der Gold- und Devisenbestand der Reichsbank hat gegenüber den Vormonaten erheblich abgenommen. Ausblicken auf eine Besserung sind nicht vorhanden, dagegen nur neue Verschlechterungen. Die Kommunen sind verschuldet und können ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen.

Die Regierung plant neue indirekte Steuern. Die Margarine soll mit einer neuen Steuer belastet werden, welche den Preis der niedrigen Sorten fast um das Doppelte verteuert. Außerdem soll der Zoll auf Heringe erhöht werden, der einer Verteuerung von 2 Pfg. pro Stück gleichkommt. Trotz gesunkenen Einkommens und der Unterstützungssätze keine Entlastung, sondern neue Schröpfungen der Arbeitnehmerkraft. Kollege Baal bespricht dann die Unterstützungssätze der Erwerbslosen nach der 5. Notverordnung. Trotzdem die laufenden Fälle erst am 24. Juli 1932 in das neue Recht überführt werden sollen, habe man sie beim Arbeitsamt Breslau schon früher in Kraft gesetzt. Ein wirklicher Anspruch auf ALU bestehe nur noch für 6 Wochen. Die Unterstützungssätze selbst wären in der ungeheuerlichsten Weise beschnitten worden. Der Anspruch auf Krisenunterstützung wird nur demjenigen gewährt, der hilfsbedürftig ist. Ob Hilfsbedürftigkeit vorliegt, entscheidet sich nach den Vorschriften für die allgemeine Fürsorge. Bei der Festsetzung der sogenannten Krisenfürsorge könnte das Arbeitsamt noch unter die Sätze des Fürsorgeamtes gehen. Je tiefer die Fürsorgesätze stehen, desto tiefer werden auch die Unterstützungssätze in der ALU. Durch diese Bestimmung ist das Elend der Erwerbslosen weiter verschlimmert worden. Der Redner trägt einen Fall vor, in dem 2 Schwestern, wovon die eine Kriegerwitwe ist, täglich 48 Pfg. pro Kopf Unterstützung bekommen. Davon sollen sie sich ernähren, kleiden usw. Die Kriegerwitwe bekommt, da sie noch eine Rente bezieht, 1,80 Mark Krisenunterstützung. Nach den Darlegungen der Fürsorge werden die Schwestern nach den Richtsätzen richtig betreut. Dem Fürsorgeamt ist dazu mitgeteilt worden, daß, wenn man glaubt mit 48 Pfg. sich ernähren und kleiden kann, dann sollte man auch die Richtlinien dafür herausgeben.

In Breslau sollen auch die Fürsorgesätze weiter heruntergesetzt werden. Wenn sie eine weitere Senkung erfahren, dann bedeutet das für die Krisenempfänger auch eine weitere Schmälerung der Unterstützungen.

In seinen Schlüsselaussführungen setzte sich Kollege Baal mit der Kapitalwirtschaft auseinander. Man müßte heute die Ueberzeugung haben, daß die heutige kapitalistische Produktionsweise abgelöst werden müsse durch die Ueberführung der gesamten Produktionsmittel in die Hände der Allgemeinheit. Einen anderen Weg gibt es nicht. Dazu sei die Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft notwendig. Die politischen Arbeiterparteien und die Gewerkschaften müßten zusammenarbeiten, um dieses Ziel zu erreichen.

Die Ausführungen des Redners wurden mit starkem Beifall aufgenommen. Dann gab Kollege Zimmer einen Bericht über die letzte Sitzung des Hauptausschusses und gab nochmals die Unterstützungssätze des Fürsorgeamtes bekannt.

In der Diskussion wird von Kollegen Großer Aufklärung über die Hauszinssteuer gegeben. Außerdem wird der freiwillige Arbeitsdienst von ihm besprochen. Den der Redner ablehnt.

Die nächste Erwerbslosenversammlung findet am Dienstag, dem 6. September, 15 Uhr im Kaufmannsheim statt.

Pünktliche Beitragszahlung ist dringende Pflicht eines jeden Mitgliedes.

Für die Woche vom 26. Aug.—2. Sept. ist die 35. Woche, für die Woche vom 3.—9. September ist die 36. Woche fällig.